

BLICKPUNKT NEUKÖLLN

Seite 3

Konkrete Maßnahmen statt hysterischer Symbolpolitik

CDU-Fraktion setzt sich für den Erhalt
wichtiger Grünflächen in Neukölln ein

Seite 5

Ein sicheres Neukölln für alle!

Die beste Antwort auf den Islamismus
ist und bleibt der Rechtsstaat

Seite 7

„Das wird nicht vergessen.“

Interview mit dem stellvertretenden
Bezirksbürgermeister Falko Liecke



CDU CDU Fraktion
Berlin-Neukölln

Es gibt nichts Gutes außer man tut es! Erich Kästner



Gerrit Kringel, CDU-Fraktionsvorsitzender

Packen wir's an!

Liebe Neuköllnerinnen,
liebe Neuköllner,

ein neues Jahrzehnt hat begonnen. Für uns als CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ein neues Jahrzehnt der politischen Arbeit. Viele Themen aus den vergangenen Jahren werden uns weiter begleiten, aber es werden auch neue dazukommen, wie aktuell die Bewältigung der Corona-Pandemie.

Im Vordergrund steht dabei für uns, die Probleme im Bezirk endlich entschieden anzupacken. Denn wo andere sich mit schönen Worten und Symbolpolitik begnügen, ergreifen wir die Initiative, kämpfen für unsere Werte und Ziele und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk.

Neukölln hat durch die organisierte Kriminalität, die Islamisierung und die Drogenproblematik traurige Berühmtheit erlangt. Das wollen wir so nicht hinnehmen, denn wir wissen, dass Neukölln auch anders kann. Neukölln kann auch anpacken.

Während Linke sich in Scheindebatten über den angeblich diskriminierenden Begriff der Clankriminalität verlieren und ein grüner Stadtrat einen Clan-Chef in seinem illegalen Treiben gewähren lässt, machen wir Druck und legen konkrete Ansätze und Konzepte zur Eindämmung der organisierten Kriminalität vor.

Während SPD, Linke und Grüne untergangslustig die Ausrufung des Klimanotstands fordern, setzen wir uns konkret für das Kiez-Klima ein. So fordern wir etwa den Erhalt der Friedhofsflächen an der Hermannstraße als grüne Kiez-Oasen.

Und auch für viele weitere Anliegen möchten wir uns gemeinsam mit Ihnen stark machen. In diesem Magazin geben wir Ihnen einen kleinen Überblick über unsere Ansichten, unsere Überzeugungen und über unsere politische Arbeit.

Der Beginn des neuen Jahrzehnts ist uns Ansporn, noch entschiedener weiterzukämpfen. Für ein sicheres, friedliches und lebenswertes Neukölln für alle Bürgerinnen und Bürger.

Packen wir's an!

Ihr Gerrit Kringel
Vorsitzender der CDU-Fraktion Neukölln

Ruinen schaffen ohne Waffen

Der Mietendeckel der rot-rot-grünen Landesregierung ist eine einzige Katastrophe, wie ein genauerer Blick auf seine Konsequenzen zeigt. So schafft er auf Seiten von Mietern wie Vermietern unsichere Verhältnisse: Der Mietspiegel verliert bei Inkrafttreten des Mietendeckels sofort seine Rechtssicherheit und es ist vollkommen unklar, was passiert, wenn Klagen gegen das verfassungsrechtlich fragwürdige Gesetz Erfolg haben werden.

Weiterhin bedroht der Mietendeckel das solidarische Geschäftsmodell vieler Genossenschaften. Dass Genossenschaften an der Seite von Vermietern, Konservativen und Liberalen gegen die Politik ihrer „natürlichen Verbündeten“ demonstrieren müssen, zeigt, wie ideologisch, unpraktikabel und scheinheilig dieses Gesetz ist.

Viele Vermieter werden sich zudem notwendige Investitionen in ihren Bestand nicht mehr leisten können. Sanierungen, Modernisierungen und barrierefreie Umbauten bleiben auf der Strecke – zu Lasten der Mieter. Von dem unüberschaubaren bürokratischen Mehraufwand ganz zu schweigen.

Wir setzen uns deshalb für massive Investitionen in den Bau bezahlbarer Wohnungen ein. Nur so ist die Mietentwicklung langfristig und nachhaltig zu Gunsten der Mieter zu beeinflussen. Der Mietendeckel bietet für Wohnungssuchende wie Mieter keine Lösung – deshalb: Bauen statt Deckeln!



Die Instandhaltung der Immobilien wird unter dem Mietendeckel leiden

Konkrete Maßnahmen statt hysterischer Symbolpolitik



Der Erhalt der Grünflächen vor Ort ist auch gut für das Weltklima insgesamt

Während SPD, Grüne und Linke sich weiterhin gegen die Bemühungen der CDU-Fraktion um eine langfristige Sicherung wichtiger und hochwertiger Grünflächen in Nordneukölln stellen, gerieren sie sich in ihrem Antrag auf Ausrufung des Klimanotstands als Weltenretter. Konkrete Verbesserungsvorschläge hat der Antrag hingegen kaum zu bieten: Die geforderte Gebäudebegrünung zum Beispiel ist allenfalls ein völlig unzureichender Versuch, den von ihnen selbst vorangetriebenen Verlust an realer grüner Infrastruktur zu kaschieren.

Gerade diesen Verlust an wertvollen Grünflächen, die für die Lebensqualität der Neuköllner ebenso wichtig sind wie für die ökologische Zukunftsfähigkeit des Bezirks im Hinblick auf zunehmendes Extremwetter, versuchen wir als CDU gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken zu verhindern.

Zudem sind innerstädtische Grünflächen auch Entfaltungsraum für Artenvielfalt, Erholungsstätten für die gestresste Stadtbevölkerung und sorgen für Kühlung in den angrenzenden Kiezen sowie eine Entlastung des Regenwasserentsorgungssystems.

Dass plötzlich ein Klimaschutzbeauftragter gefordert wird, nachdem entsprechende Bemühungen seitens des Stadtrates für Umwelt und Natur bei der Aufstellung der letzten beiden Haushalte torpediert wurden, entlarvt die

Fraktionen von SPD, Grünen und Linken überdies als Fähnchen im Wind der aktuell medial hochgekochten Debatte.

In der Begründung des Antrags fehlen weder hysterische Verweise auf Polschmelze und ansteigende Meeresspiegel, die zur Bezirks-sache zu machen von fortgeschrittenem Realitätsverlust zeugt, noch die Allmachtpantasie, man könne den globalen Temperaturanstieg mittels ideologischer Symbolpolitik bis auf die Nachkommastelle genau begrenzen.

Die untergangslustige Notstandsrhetorik des Antrags führt zu keiner nennenswerten Verbesserung im Bezirk, sondern leistet einer hysterischen und moralistischen Politik Vorschub, die langfristig zu einer ernsthaften Bedrohung für die bürgerliche Gesellschaft werden kann. Deren Stärke liegt nämlich gerade im nüchternen Abwägen, in der vernunftgeleiteten Urteilsfindung und auch im Reflektieren der eigenen Handlungsmacht.

Es ist unverantwortlich, dass Kindern derzeit die Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang eingetrichtert wird. Für die Bezirkspolitik gilt es, nüchtern und vor allem vor Ort anzupacken, was vor Ort zum Klimaschutz beigetragen werden kann. Denn was vor Ort gut für das Klima ist, das ist auch gut für das Weltklima insgesamt.



Clankriminalität: Probleme benennen, um sie zu lösen!

Wer Probleme mit Geldwäsche und organisierter Kriminalität, wie sie in Neukölln leider ziemlich verbreitet sind, anspricht, erntet dafür häufig Rassismuskorrekturen und Anfeindungen von links. Vor einigen Wochen veranstaltete die Linkspartei im Bezirk eine Veranstaltung, auf der die Lösungsversuche zum Problem gemacht wurden: Die regelmäßig stattfindenden Razzien etwa wurden zu „Stigma, Show, Schikane“ erklärt und der Begriff der „sogenannten“ Clankriminalität problematisiert.

Aus wem es so tönt, der hält sich vermutlich für besonders tolerant und aufgeschlossen. In Wahrheit arbeiten sie einer Integration, die den Namen verdiente, gerade entgegen: Wer Kriminelle aus dem Clan-Milieu vor Strafverfolgung bewahren und das Benennen ihrer Machenschaften verhindern will, der zementiert Bürger mit Migrationshintergrund in ihrem Status als Andersartige, denen eine Sonderbehandlung zuteilwerden müsse.

Wer so agiert, betätigt sich nicht nur als „nützlicher Idiot“ für die organisierte Kriminalität, sondern arbeitet auch (Familien-)Verhältnissen zu, in denen der Einzelne nichts und die Familienehre alles zählt, die Sicherheits- und Freiheitsrechte praktisch nicht vorhanden sind und der Stärkere sich immer durchsetzt.

Um diese Verhältnisse aufzubrechen, um Kinder und Jugendliche vor dem Einfluss krimineller Strukturen zu bewahren und um die Sicherheit und Freiheit aller Bürger im Bezirk sicherzustellen, ist es daher unabdingbar, das Problem in klarer Sprache zu benennen und konkrete Lösungsansätze auszuarbeiten. Unser Konzept gegen Clankriminalität finden Sie auf www.clansstoppen.berlin.

Ein sicheres Neukölln für alle!

Die beste Antwort auf den Islamismus ist und bleibt der Rechtsstaat

Dass am 9. Januar mitten in Neukölln offen um den Führer der terroristischen Revolutionsgarden der Islamischen Republik Iran getrauert wurde, nachdem dieser bei einem amerikanischen Drohnenangriff getötet wurde, ist nur die Spitze des Eisbergs islamischer Gegnerschaft zu unseren westlichen Werten im Bezirk. Wer in einem General, dessen erklärtes Ziel die Auslöschung Israels und der Vereinigten Staaten von Amerika war, einen „Märtyrer“ sieht, kann nicht Teil unserer Gesellschaft werden. Im Hass auf Israel und die USA kristallisiert sich der Hass auf die bürgerliche Zivilisation und ihre Errungenschaften im Ganzen. Und damit der Hass auf die Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie die Gleichstellung der Frau und die Freiheit, selbst über die Gestaltung des eigenen Lebens zu entscheiden.

Doch der Hass auf die bürgerliche Gesellschaft findet sich nicht nur unter schiitischen

Anhängern des iranischen Regimes. Hinter zahlreichen Moscheen und Islamverbänden, die sich nach außen teilweise offen und tolerant geben, steht eine ähnliche Weltsicht. Kriminelle Clans, die durch die Ausbreitung ihrer Strukturen offen die Rechtsstaatlichkeit unserer Gesellschaft angreifen, erdrücken auch nach innen jede individuelle Freiheit durch die Pflicht zum unbedingten Gehorsam gegenüber der Sippe – deshalb hat unser Jugendstadtrat Falko Liecke den Vorschlag auf den Tisch gebracht, Kinder als ultima ratio aus den Clanfamilien zu befreien.

Für uns als CDU in Neukölln ist klar: Unsere Solidarität und Zusammenarbeit gilt den individuellen Muslimen, die sich mit unseren Rechten, Pflichten und Freiheiten identifizieren – nicht Moscheen wie der Al-Nur-Moschee oder Verbänden wie der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. (IGS), die unsere Rechte und Pflichten missachten und unsere Freiheiten bekämpfen. Selbstverständlich begrüßen wir Bestrebungen zur

Demonstration mit vierstelliger Teilnehmerzahl organisierte, über islamisch motivierte Angriffe auf Homosexuelle oder Ehrenmorde aber in ohrenbetäubendem Schweigen verharret, verteidigen wir die freiheitlich-demokratische Grundordnung an allen Fronten.

Die Angriffe auf die Grundsätze unseres Zusammenlebens gleichermaßen ernst zu nehmen, ob diese nun von linker, rechter oder islamischer Seite ausgehen, heißt aber auch, das

Verhältnis zwischen den Bedrohungspotenzialen dieser Ideologien unvoreingenommen zu analysieren und die eigenen Einschätzungen einer Realitätsprüfung zu unterziehen. Wer dies ehrlich tut, kann in einem Bezirk wie Neukölln nur zu dem Schluss kommen, dass die größte Bedrohung derzeit quantitativ wie qualitativ von islamischer Seite ausgeht.

Um dieser Bedrohung angemessen zu begegnen, verfolgen wir eine klare Linie: Kein Geld für und keine Zusammenarbeit mit Mo-

scheen und Verbänden, die dem Islamismus und seinen Agenturen wie der Muslimbruderschaft nahestehen, volle Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Mittel bei der Bestrafung von Gewalttätern und islamistischen Agitatoren, eine ausgestreckte Hand für alle Muslime, die in Sicherheit und Freiheit leben und sich mit den bürgerlich-freiheitlichen Werten identifizieren wollen und Rückendeckung für alle, die das schon tun und dafür oftmals von ihren (ehemaligen) Communities angefeindet oder gar bedroht werden.



Festnahme in Neukölln

Liberalisierung des Islam wie die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee von Seyran Ateş – doch deren marginalisierte Position und die Drohungen, die ihren Vertretern entgegenschlagen, zeigen, dass das Problem des Islamismus sich keineswegs auf einige wenige akute Gefährder beschränkt, sondern sich bis weit in den streng ausgelegten Alltagsislam erstreckt. Teile dessen Anhängerschaft drohen, sich zu einer regelrechten Gegengesellschaft zu formieren.

Im Gegensatz zur in Neukölln besonders dominant auftretenden linken Szene, die jüngst anlässlich einiger Nazi-Schmierereien eine

Der untätige Stadtrat Fahrlässige Nachsicht bei Schwarzbau eines Clan-Chefs

Es ist ein starkes Stück: Bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln musste der grüne Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste, Jochen Biedermann, einräumen, bereits seit einem Jahr von einem nicht genehmigten Neubau auf dem Grundstück Alt-Buckow 37 zu wissen. Das Grundstück gehört einem stadtbekannten Clan-Chef. Auch der Rest seiner Antwort gibt Grund zu Staunen.

So gab Biedermann an, seine Behörde könne Schwarzbaudelikte wegen Personalmangels ohnehin kaum ahnden. Diese lapidare Offenherzigkeit offenbart nicht nur eine schulterzuckende Kapitulation vor der unübersichtlichen rechtlichen Situation im Bezirk, sondern vor allem eine völlig falsche Prioritätensetzung. Für den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Neuköllner BVV, Gerrit Kringel, ist klar: „Gerade gegenüber Clan-Chefs, die ihre Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien offen zur Schau stellen, muss in solchen Fällen entschieden vorgegangen werden. Das hat Priorität in unserem Bezirk, wenn wir der Ausbreitung des organisierten Verbrechens ernsthaft etwas entgegensetzen wollen.“

Die Verteidigung des Rechtsstaats gegen die Angriffe krimineller Großfamilien, deren Machtgewinn auch eine Ausbreitung von Faustrecht und hochproblematischen Vorstellungen von Familienehre in Neukölln mit sich bringt, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Während Falko Liecke (CDU), der Stadtrat für Jugend und Gesundheit und stellvertretende Bezirksbürgermeister Neuköllns, das Problem erkannt hat und entschieden bekämpft, lässt Biedermann einen Clan-Chef vor den Augen der Bezirkspolitik in seinem illegalen Treiben gewähren. Wir werden die Situation weiter im Blick behalten und den Druck auf den Bezirksstadtrat aufrecht erhalten.



Baugenehmigungsantrag © Stockfotos-MG / stock.adobe.com

Für ein soziales Neukölln! Mehr Ärzte und eine bessere Organisation der sozialen Infrastruktur



Thomas de Vachroi ist Sozialbeauftragter der CDU Neukölln

Soziale Themen liegen der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am Herzen. Nicht nur das „C“ in unserem Kürzel verpflichtet uns, entschieden für die Interessen jener Menschen einzutreten, die aufgrund einer prekären finanziellen Situation, Wohnungslosigkeit, hohem Alter oder körperlicher Beeinträchtigung auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Auch unser Anspruch, eine Partei für alle Neuköllnerinnen und Neuköllner zu sein, verpflichtet uns dazu. Mit Thomas de Vachroi hat die CDU Neukölln zudem einen engagierten Sozialbeauftragten an ihrer Seite.

Konkret setzen wir uns unter anderem für eine bessere Gesundheitsversorgung im Bezirk ein und fordern mehr Haus-, vor allem aber Fachärzte in Wohnortnähe. Bei den Arztpraxen sollen eine gute Erreichbarkeit und Barrierefreiheit gewährleistet sein. Zur Entlastung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wie Patienten und Patientinnen wollen wir zudem auf die Erhöhung der Kapazität der Rettungsstelle und auf die Einrichtung von Portalpraxen hinwirken.

Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines Obdachlosenzentrums unter Eingliederung der Tee- und Wärmestube: Hier sollen Wohnungslose eine umfassende Betreuung, würdevolle Schlaf- und Aufenthaltsräume, sowie sanitäre Anlagen vorfinden. Auch nicht mehr benötigte Flüchtlingsunterkünfte sollen für Obdachlose und schutzbedürftige Frauen mit Kindern nutzbar gemacht werden.

Damit auch die älteren Bürger Neuköllns in ihren Belangen wahr- und ernstgenommen werden, fordern wir einen Seniorenbeauftragten mit Richtlinienkompetenz und eigenem Budget. Mehr Angebote in Jugendeinrichtungen sollen die Chancengerechtigkeit für die jüngeren Neuköllner gewährleisten. Generell setzen wir uns außerdem für eine bessere Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten ein.

INTERVIEW MIT FALKO LIECKE

„Das wird nicht vergessen. Wir sind dankbar.“

In der letzten Ausgabe des Blickpunkt berichteten wir über unseren Antrag auf die Einrichtung von Gedenkort für getötete Polizisten. Ende Februar werden auf unsere Initiative hin die neuen Straßennamen zu Ehren der getöteten Beamten Uwe Lieschied und Roland Krüger eingeweiht. Ein Interview mit Falko Liecke, dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister von Neukölln.



Falko Liecke ist Jugend- und Gesundheitsstadtrat und stellvertretender Bezirksbürgermeister in Neukölln

Herr Liecke, weshalb liegt Ihnen das Gedenken an getötete Polizisten am Herzen?

Ich habe in meiner Familie und auch in meinem Bekannten- und Freundeskreis viele Polizisten und Polizistinnen und weiß aus erster Hand, welch schwierige und harte Arbeit dort geleistet wird. Der Beruf Polizist ist kein Job wie jeder andere. Auch wenn die Todesfälle glücklicherweise niedrig sind: Der Einsatz von Leib und Leben gehört dazu.

Das wird aus meiner Sicht nicht oft und stark genug gewürdigt. Und da finde ich es richtig, insbesondere denen zu gedenken, die den höchsten Preis gezahlt haben. Sie taten es ja für uns alle. Darum ist das auch ein Signal an die Kolleginnen

und Kollegen, aber auch an die Familien: Das wird nicht vergessen. Wir sind dankbar.

Gerade in Bezirken wie Neukölln, in denen es eine stark ausgeprägte linke Szene gibt, rufen immer wieder Personen offen zu Gewalt gegen Polizisten auf. Was haben Sie diesen Menschen zu sagen?

Nichts. Wer offen zu Gewalt gegen Menschen – Polizist oder nicht, aus der linken Szene oder nicht – aufruft, gegen den kann der Staat nur mit seinem Gewaltmonopol vorgehen. Aus meiner Sicht möglichst robust. Damit klar wird, wer die Ansagen in dieser Stadt macht.

Angriffe auf unsere Männer und Frauen in Uniform kommen aus verschiedenen Ecken und treffen auch jene, die einfach nur helfen wollen. Es ist beschämend, wenn Feuerwehrleute im Einsatz oder wie neulich geschehen, auf dem Weg zur Arbeit angegriffen werden. Da hilft es nicht, zu diskutieren. Da muss der Staat Härte zeigen.

Sehen Sie die Hauptgefahr für Polizisten in Neukölln eher in der linken Szene oder im Clan-Milieu?

Diese Zuordnung bringt uns in der Praxis nicht weiter, weil es nicht so einfach ist. Uwe Lieschied wurde von einem Kleinkriminellen erschossen, Roland Krüger von einem Libanesen, der sich als Türsteher über Wasser gehalten hat.

Aber es stimmt, dass die linke Szene geradezu Jagd auf Polizisten macht. Dass dabei noch niemand zu Tode gekommen ist, ist pures Glück und ich hoffe jeden Tag, dass es dabei bleibt. Von dieser Hoffnung schlafen die Familien der Männer und Frauen aber nicht besser. Darum muss mehr passieren, um Gewalt gegen Einsatzkräfte aus allen Richtungen schneller und effektiver zu ahnen.

Was kann getan werden, um Polizisten besser vor solchen Angriffen zu schützen?

Vor kurzem wurde das Strafmaß erhöht. Das ist eher ein symbolischer Akt. Denn wer Polizisten angreift, will weder für ein Jahr ins Gefängnis noch für drei. Er will nicht erwischt werden. Dennoch ist es ein richtiges Signal.

Vor allem muss sichergestellt werden, dass jeder Übergriff geahndet wird. Das geht dann nicht, wenn sich drei Streifenpolizisten am Kotti einem Mob von 40 Leuten gegenübersehen, weil sie einen Radfahrer oder Zweite-Reihe-Parker kontrollieren. Die Polizei muss – übrigens auch mit Videoaufzeichnungen – dann ganz klar in der Lage sein, die Täter zu identifizieren und festzunehmen.

Insgesamt müssen einfach mehr Polizeistiefel auf die Straße. Dieser Prozess wurde unter der letzten CDU Regierungsbeteiligung gestartet und trägt mit der Ausbildung zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten bald Früchte.

Ein Obdachlosen- zentrum für Neukölln CDU-Fraktion fordert zentrale Anlaufstelle



Das Haus Britz des Diakoniewerks Simeon

Ein Leben auf der Straße ist hart. Wohnungslosen Menschen fehlt es am Nötigsten – an einem sicheren Schlafplatz, sozialem Umgang, Privatsphäre, regelmäßigen Mahlzeiten, sanitären Anlagen und vielem mehr. Wir setzen uns daher für ein Obdachlosenzentrum zur Unterstützung von Menschen ohne festen Wohnsitz ein, in dem all diesen Problemen zentral Abhilfe geschaffen werden kann.

Das Obdachlosenzentrum soll auch ein Treffpunkt für Menschen mit und ohne Wohnsitz sein, um einen Rahmen für ein würdiges Sozialleben zu schaffen. Außerdem soll rund um die Uhr sozialpädagogische Betreuung für Betroffene gewährleistet werden, die sich nach ihren individuellen Bedürfnissen richtet. Weiterhin ist die Angliederung der Tee- und Wärmestube geplant. Es wäre das erste Zentrum dieser Art in Berlin.

Die Trägerschaft für das Obdachlosenzentrum soll das Diakoniewerk Simeon übernehmen. Thomas de Vachroi, Sozialbeauftragter der CDU Neukölln, Armutsbeauftragter der Diakonie und Leiter des Haus Britz des Diakoniewerks Simeon, will zeitnah im Sozialausschuss ein Kurzkonzept vorlegen. Anfang März plant de Vachroi zudem, Obdachlosenzentren in Amsterdam und Utrecht zu besuchen und Gespräche mit den dortigen Verantwortlichen zu führen.

Gedenken an einsam Verstorbene Erste Trauerfeier für ordnungsbehördlich Bestattete



Für jeden der Verstorbenen leuchtete in der Kirche eine Kerze

Im Jahr 2019 wurden 242 Bürgerinnen und Bürger Neuköllns ordnungsbehördlich bestattet. Sie wurden tot aufgefunden und dann ohne Angehörige beigesetzt. „Aufgefunden in einer Wohnung, oft erst nach Tagen – oder irgendwo am Straßenrand“, wie Pfarrer von Campenhausen es in seiner Ansprache ausdrückte. Für sie wurde am Sonntag, den 19. Januar, in der Philipp-Melanchthon-Kirche erstmals eine Trauerfeier ausgerichtet.

„Lebenssatt im Kreise seiner Liebsten zu sterben und dann betrauert und würdig beerdigt zu werden – das ist nicht jedem vergönnt“, so von Campenhausen weiter. Jener, denen dieser Respekt nicht zu Teil wurde, gedachten die Trauernden stellvertretend für alle.

Um die Toten zu ehren, wurden ihre Namen verlesen – begleitet von Orgelmusik und Chorgesang. Denn der Name ist mehr als Schall und Rauch und steht für die ganze Person, wie sich Pfarrer von Campenhausen ausdrückte.

Ein Grußwort sprach der Gesundheitsstadtrat und stellvertretende Bezirksbürgermeister Falko Liecke. Er betonte, das Gedenken stehe den Verstorbenen ganz unabhängig davon zu, wie sie ihr Leben gelebt haben. „Einfach nur, weil sie Menschen, weil sie Neuköllnerinnen und Neuköllner waren.“

Im Hinblick auf Einwände und Bedenken gegen solche Trauerfeiern verdeutlichte Liecke den universellen Charakter des Totengedenkens: „Ganz unabhängig von allen juristischen Spitzfindigkeiten und Bedenken ist für mich klar: Das Gedenken an unsere Toten gehört zum Leben dazu. Und ein respektvolles Gedenken kann nicht falsch sein.“ Neukölln ist mit dieser neuen Form des Gedenkens um eine wichtige Tradition reicher.

NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Haben Sie Anregungen, Fragen oder wollen Sie einfach Ihre Meinung zu einem Thema äußern? Rufen Sie uns unter 030 / 902 393 543 an oder kontaktieren Sie uns per E-Mail: info@cdu-fraktion-neukoelln.de



IMPRESSUM

CDU Fraktion Neukölln
Gerrit Krügel (V.i.S.d.P.)
Karl-Marx-Straße 83. 12040 Berlin

Tel.: 030 - 90239 3543, Fax: 030 - 90239 2713

www.cdu-fraktion-neukoelln.de
info@cdu-fraktion-neukoelln.de

Titelbild: © fotografixx / iStock.com